



BESCHÄFTIGUNGSORIENTIERTES WACHSTUM UND VERRINGERUNG DER UNGLEICHHEIT MÜSSEN FÜR DIE IFIs ZUR PRIORITÄT WERDEN

**Erklärung von Global Unions¹ anlässlich der Frühjahrstagungen des IWF und der Weltbank
Washington, 20. - 22. April 2012**

Einleitung

1. Die in den meisten Regionen der Weltwirtschaft zu verzeichnende Konjunkturabschwächung ist sowohl auf politische Fehlentscheidungen, die von den globalen wirtschaftlichen Governancestrukturen getroffen wurden, als auch auf einen Mangel an schnellem und entschlossenem Handeln zur Bewältigung der in letzter Zeit zweiten großen Finanzkrise, von der die Weltwirtschaft nach dem Beinahe-Zusammenbruch des amerikanischen Finanzsystems im Jahr 2008 bedroht war, zurückzuführen. Zu den Fehlentscheidungen gehörte der vorschnelle Aufruf der G20 an die Länder, sich auf die „Konsolidierung ihrer Haushalte“ zu konzentrieren, bevor eine nachhaltige wirtschaftliche Wiederbelebung im Gange war. Diesem Aufruf schlossen sich auch die internationalen Finanzinstitutionen (IFIs) an. Der Mangel an entschlossenem Handeln bestand darin, dass nicht rasch gehandelt wurde, um in finanzielle Schwierigkeiten geratene europäische Länder vor dem rücksichtslosen Handeln des privaten Finanzsektors zu schützen, was zur Staatsverschuldungskrise der Eurozone führte.

2. Statt sich darauf zu konzentrieren, Ländern zu helfen, die mit einem untragbar hohen Schuldenniveau konfrontiert waren, das größtenteils durch die von einem unzureichend regulierten Finanzsektor leichtsinnig getroffenen Entscheidungen verursacht worden waren, konzentrierte man sich in erster Linie darauf, den Lebensstandard der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer herunterzuschrauben und Arbeitsmarktregulierungen abzubauen - eine Politik, die Stellenabbau, prekäre Beschäftigungsverhältnisse und Druck auf Löhne nur noch verstärkt, wovon insbesondere junge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer betroffen sind. Die IFIs sollten sich bei ihren Unterstützungsbemühungen stattdessen mehr auf arbeitsplatzschaffende Strategien konzentrieren, indem sie auf Initiativen setzen, wie etwa die gemeinsame Arbeit des Internationalen Währungsfonds und der Internationalen Arbeitsorganisation für ein beschäftigungsförderndes Wachstum, deren Beiträge zum G20-Gipfel und zu den

¹ Die Global-Unions-Gruppierung setzt sich zusammen aus dem Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB), der 175 Millionen Mitglieder in 151 Ländern hat, den Globalen Gewerkschaftsföderationen (GUFs), die ihre jeweiligen Branchen auf internationaler Gewerkschaftsebene vertreten (BHI, BI, IAEA, ICEM, IJF, IMB, ITF, ITBLAV, IUL, IÖD und UNI) sowie aus dem Gewerkschaftlichen Beratungsausschuss (TUAC) bei der OECD.

Vorbereitungen im Vorfeld von „Rio+20“ sowie der demnächst erscheinende Weltentwicklungsbericht der Weltbank zum Thema Arbeitsplätze. Die neue Strategie der Bank für Sozialschutz und Beschäftigung führte in einigen Bereichen bereits zu positiven Entwicklungen, da die Bank an der Einführung einer sozialen Grundsicherung beteiligt und die Wahrung der grundlegenden Arbeitnehmerrechte verbessert wurde. Die bevorstehende Überprüfung ihrer Sicherheitsklauseln (safeguards) gibt der Bank die Möglichkeit zu gewährleisten, dass diese Rechte auch bei allen Tätigkeiten der Bank selbst gewahrt werden.

3. Diese Erklärung enthält auch Empfehlungen für Maßnahmen, die der IWF zusammen mit dem Rat für Finanzstabilität zur Förderung der Verabschiedung eines geeigneten Regulierungsrahmens für Finanzinstitutionen ergreifen sollte, um zu verhindern, dass sich solch eine Finanzkrise wiederholen kann, und um dafür zu sorgen, dass der Finanzsektor, einschließlich mit Hilfe von Finanztransaktionssteuern, auch einen Beitrag zur Entwicklung der realen Wirtschaft leistet. Und schließlich enthält sie Vorschläge für Beiträge, die die IFIs zur Unterstützung transparenter und verantwortungsvoller Governance-Strukturen in den Mitgliedstaaten leisten sollten, insbesondere im Nahen Osten und der Region Nordafrika, wo die IFIs in nächster Zukunft wahrscheinlich verstärkt Kredite vergeben werden. Mit dieser Erklärung wird empfohlen, daß die IFIs mit gutem Beispiel vorangehen, indem sie die Transparenz und Repräsentativität ihrer eigenen Governancestrukturen verbessern und umfassend zur Busan-Partnerschaft für eine wirksame Entwicklungszusammenarbeit beitragen.

Erneute weltweite konjunkturelle Abschwächung

4. Das voreilige Ergreifen von Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung in den meisten großen Volkswirtschaften und wiederholte Verzögerungen in Bezug auf eine Reaktion auf die gegenwärtige Finanzkrise, insbesondere in Europa, trugen zu einer erneuten weltweiten Konjunkturabschwächung bei. Anfang 2011 beschlossen die Konjunkturprognostiker des IWF, dass die Weltwirtschaft sich auf dem Wege der Erholung von der schlimmsten Finanzkrise der letzten 80 Jahre befinde. Bei drei Gelegenheiten im Jahr 2011 und Anfang 2012 musste der IWF diese Prognosen nach unten korrigieren. Die Wachstumsprognosen des Fonds für 2012 wurden selbst für wachstumsstarke Regionen wie Ostasien drastisch heruntergeschraubt und Europa erlebte erneut ein Schrumpfen des BIP und befand sich somit technisch gesehen wieder in einer Rezession. Leider trug der IWF zu der erneuten Konjunkturabschwächung bei, indem er den Mitgliedstaaten vor einem Jahr mitteilte, dass der Aufschwung nachhaltig sei.

5. Auch die europäischen Behörden leisteten der Konjunkturabschwächung Vorschub, indem sie monatelang zögerten, bevor sie ihre verbesserten Rettungsfonds für die Eurozone (bestehend aus der europäischen Finanzstabilisierungsfazilität und dem europäischen Stabilitätsmechanismus) auf den Weg brachten, die ab Mitte 2012 einsatzbereit sein sollen. Sollten weitere große Länder massive finanzielle Unterstützung benötigen, so wird die Eurozone wahrscheinlich weit mehr Finanzmittel als die bisher bereitgestellten Beträge benötigen. Beim G20-Gipfel in London im April 2009 wurde eine Verdreifachung des Kreditvergabebudgets des IWF beschlossen, aber während der jüngsten Krise wurde keine konsequente Entscheidung hinsichtlich der weiteren

Aufstockung der finanziellen Ressourcen des Fonds getroffen.

6. In erster Linie wurde Griechenland die Schuld an der letzten Runde finanzieller Turbulenzen gegeben, einer Volkswirtschaft, die etwa 2 Prozent des gesamten BIP der EU ausmacht. Allerdings zeigen die gravierenden Auswirkungen, die die Schuldenkrise Griechenlands auf die Volkswirtschaften in Europa und darüber hinaus haben und auch noch eine ganze Zeitlang haben werden, wie eng die Finanzsysteme rund um die Welt miteinander verflochten sind. Da man dabei versagt hat, sich mit dem bereits untragbar hohen Schuldenniveau auseinanderzusetzen als Griechenland Anfang 2010 erstmals um internationale Hilfe bat, hat sich die Lage nur noch weiter verschlimmert. Die Verschuldung erreichte noch untragbarere Höhen, als die Wirtschaft aufgrund der Sparpolitik in eine tiefe Rezession rutschte und Griechenland nicht mehr dazu in der Lage war, seine Schulden zu akzeptablen Zinssätzen zu refinanzieren. Auch andere europäische Länder sahen sich mit ähnlichen Szenarien konfrontiert.

7. **Global Unions unterstützen die Aufstockung von Finanzmitteln, die für Kredite an notleidende Länder zu niedrigen Zinssätzen bereitstehen, so dass die Länder die von privaten Finanzinstitutionen auferlegten überzogenen Kreditzinssätze umgehen können.** Im Falle mehrerer Eurozonenländer waren das genau die Finanzinstitutionen, die die immense Staatsverschuldung überhaupt erst verursacht hatten. Die Mittel für Kredite an notleidende Länder könnten entweder über spezielle regionale Fazilitäten, wie für die Eurozone, oder eine globale, vom IWF verwaltete Einrichtung bereitgestellt werden. **Hauptkriterium muss dabei allerdings sein, dass die finanzielle Unterstützung gewährt wird, um Wachstumsstrategien in den Kreditnehmerländern zu unterstützen, wobei der Schwerpunkt auf Strategien gelegt werden muss, die größtmögliche Wirkung auf die Beschäftigung haben, und nicht auf Strategien, die bewirken, dass die Schuldenlast nur noch größer wird, indem mit Sparmaßnahmen ein Schrumpfen der Wirtschaft auferlegt wird.**

8. Der geschäftsführende Direktor des IWF sprach sich innerhalb der letzten Monate mehrmals stark für gegebenenfalls geld- und fiskalpolitische Unterstützungsmaßnahmen als Mittel zur Verbesserung der Aussichten auf eine weltweite Erholung und zur Minimierung der Gefahr einer erneuten Rezession aus. **Bei seiner politischen Beratungstätigkeit muss der IWF sich auch weiterhin intensiv dafür einsetzen, dass alle Länder, die die Kapazität für eine expansive Politik haben, solche Maßnahmen ergreifen. Zudem muss der Fonds dafür sorgen, dass seine politische Beratungstätigkeit auch auf der einzelstaatlichen Ebene kohärent ist, ganz gleich ob es sich dabei um seine größeren oder kleineren Mitgliedstaaten handelt, und er muss sicherstellen, dass die Haushaltsmittel so umfangreich wie möglich eingesetzt werden.**

9. **Ähnlich muss nun auch die Weltbank, deren Kreditvergabekapazität durch eine allgemeine von den G20-Staaten verabschiedete Kapitalaufstockung erhöht wurde, den Schwerpunkt stärker als zuvor auf die Schaffung von Arbeitsplätzen als zentralem Ziel ihrer Entwicklungsstrategien legen.** In Anbetracht der anhaltenden Fragilität der Weltwirtschaft mit erneuter Rezession in Europa und Konkunkturabschwächungen sogar in wachstumsstarken Regionen wie Ostasien unterstützen die Global Unions auch eine zusätzliche allgemeine Zuteilung von

Sonderziehungsrechten (SZR). Die neue Zuteilung von SZR würde auf der ersten allgemeinen Zuteilung aufbauen, die in der globalen Rezession von 2009 im Anschluss an die beim G20-Gipfel in London getroffenen Beschlüsse erfolgte.

Strategien zur Schaffung menschenwürdiger Arbeit, statt zur Deregulierung des Arbeitsmarkts

10. Wie die Internationale Arbeitsorganisation in ihren *Globalen Beschäftigungstrends 2012* aufzeigt, war die 2009 einsetzende Erholung von kurzer Dauer und es gibt schätzungsweise 27 Mio. mehr arbeitslose Menschen als zu Beginn der Krise. Die Zahl der zusätzlich arbeitslos gewordenen Menschen ist mehr als doppelt so hoch, wenn auch die Zahl der sogenannten „entmutigten Erwerbspersonen“, also der Langzeitarbeitslosen, die nicht in der Lage sind, eine Stelle zu finden, dazugerechnet wird. Die IAO schätzt zudem, dass sich 1,52 Mrd. Erwerbstätige in prekären Beschäftigungsverhältnissen befinden, 23 Millionen mehr seit dem Jahr 2009.

11. Besonders düster sieht die Situation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Ländern aus, die eine Staatsschuldenkrise durchmachen, die in den meisten Fällen durch die finanziellen Auf- und Abschwünge infolge rücksichtsloser und unzureichend regulierter Praktiken privater Finanzinstitute ausgelöst wurde. Doch trotzdem legt der IWF den Schwerpunkt seiner Programme größtenteils auf Reformen, die darauf abzielen, die Arbeitsmärkte „flexibler“ zu gestalten. Zu den vom IWF geförderten und von vielen Ländern umgesetzten Maßnahmen gehören niedrigere Mindestlöhne, vereinfachte Kündigungsverfahren, weniger Einschränkungen bei der Begrenzung der Arbeitszeiten sowie der Abbau von Kollektivverhandlungen auf Landes- oder Sektorebene. Auch die Weltbank unterstützt über mehrere technische Hilfsprogramme auf Landesebene Maßnahmen zur Deregulierung des Arbeitsmarkts.

12. Verschiedene wirtschaftliche Studien zeigen, dass diese Art von **Deregulierungsmaßnahmen zur Erhöhung der Flexibilität und Verringerung der Arbeitskosten zu mehr Kurzeitarbeitslosigkeit führt, in erster Linie, weil die Entlassung von Arbeitskräften einfacher wird, wodurch die Kaufkraft der Arbeitnehmer noch weiter abnimmt, was wiederum die Nachfrage drückt und die Krise verschärft.** Zudem verhindert der Abbau von Kollektivverhandlungsregelungen auf Ebene der Länder, Regionen oder Sektoren jegliche Möglichkeit zur Einführung breit angelegter Vereinbarungen zur Milderung der Auswirkungen höherer Arbeitslosigkeit, wie etwa Arbeitszeitverkürzungsregelungen, die sich in einigen Ländern als äußerst wirksames Mittel zur Verringerung der Arbeitslosigkeit bewährt haben. **Auch die Annahme einiger großer Finanzinstitutionen, einschließlich der IFIs und der OECD, dass deregulierende Arbeitsmarktreformen die langfristige Aussicht der Volkswirtschaften verbessern, wird immer mehr in Frage gestellt,** sogar von der OECD selbst. Im Rahmen einer umfangreichen kürzlich durchgeführten Studie fand die OECD heraus, dass vom Gesetzgeber verabschiedete Reformen zur Erhöhung der Flexibilität des Arbeitsmarkts keinen statistisch signifikanten Einfluss auf die Beschäftigungszahlen hatten, aber zu mehr Lohnungleichheit geführt haben.²

² OECD, *Divided We Stand: Why Inequality Keeps Rising*, 2011

13. Bei einer gemeinsamen Konferenz mit der IAO im September 2010 in Oslo hat der IWF zugestimmt, dass man sich verstärkt auf Maßnahmen zur Förderung eines beschäftigungsorientierten Wachstum als Reaktion auf die globale Wirtschaftskrise konzentrieren müsse. Seither hat der IWF in einigen Ländern gemeinsame Analysen mit der IAO durchgeführt, um der Beschäftigung und einem verbesserten Sozialschutz größeres Augenmerk bei den Konjunkturstrategien zu schenken und diese Strategien durch einen Dialog mit den Gewerkschaften und den Arbeitgebern sowie mit der Regierung zu konzipieren. Diese Initiativen von IAO-IWF auf Landesebene werden auch weiterhin fortgeführt und Gewerkschaften in diesen Ländern bringen Vorschläge für neue Wachstumsstrategien ein, durch die möglichst viele menschenwürdige Arbeitsplätze geschaffen werden sollen. In anderen Ländern arbeiten IWF und IAO an der Gestaltung von Finanzierungsmechanismen für eine landesweite soziale Grundsicherung.

14. Global Unions sind der Ansicht, dass der IWF aus dieser Zusammenarbeit mit der IAO und mit Arbeitnehmerorganisationen in diesen Ländern entsprechende Lehren ziehen und sich für Strategien entscheiden sollte, die auf die Schaffung menschenwürdiger Arbeit und sozialer Sicherung für alle abzielen. Gleichzeitig sollte er seine langjährige Position der Befürwortung einer Deregulierung der Arbeitsmärkte aufgeben. **Der IWF sollte eine eingehende Analyse der Auswirkungen aller seiner politischen Empfehlungen auf Beschäftigung und Einkommensverteilung durchführen.** Diese Analyse sollten die gesamte Palette politischer Optionen umfassen, wie etwa die makroökonomische Politik, einschließlich der Fiskal- und Wechselkurspolitik, Themen in Bezug auf Einkommensverteilung und Lohnniveaus, die Politik im Bereich der öffentlichen Dienste und der sozialen Sicherung, eine Beschäftigungspolitik, die die Schaffung hochproduktiver Arbeitsplätze und Investitionen in wertschöpfungsintensive Branchen fördert, sowie aktive Arbeitsmarktstrategien.

15. Der IWF übernahm beim G20-Prozess gegenseitiger Bewertungen für „starkes, nachhaltiges und ausgewogenes Wachstum“ seit Beginn dieses Prozesses im Anschluss an den G20-Gipfel in Pittsburgh im September 2009 eine koordinierende Rolle. Zudem sind beide IFIs derzeit zusammen mit der IAO und der OECD an der Ausarbeitung eines Berichts an die G20-Finanzminister über die Schaffung von Arbeitsplätzen im Kontext der globalen Beschäftigungsaussichten beteiligt, mit dem sie beim G20-Gipfel in Cannes im November 2011 beauftragt wurden³. Bei diesen beiden Beiträgen müssen die IFIs im Hinblick auf ihre Beratung die zentrale Rolle der Beschäftigung bei der Leistung eines Beitrags zur wirtschaftlichen Erholung anerkennen. Sie sollten gegenüber den G20-Finanzministern betonen, dass Finanzmittel für die Umsetzung von Plänen für den wirtschaftlichen Aufschwung bereitgestellt werden müssen, bei denen die Schaffung von Arbeitsplätzen, ein angemessener Sozialschutz, Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten sowie Investitionen in die grüne Wirtschaft im Mittelpunkt stehen. Sie sollten die Bereitstellung adäquater Finanzierung zur Erreichung der Integration junger Menschen in den Arbeitsmarkt befürworten und den bevorstehenden Schlussfolgerungen der

³ „Wir haben internationale Organisationen (IWF, OECD, IAO, Weltbank) damit beauftragt, den Finanzministern Bericht über die globalen Beschäftigungsaussichten und wie unsere wirtschaftliche Reformagenda im Rahmen der G20 zur Schaffung von Arbeitsplätzen beitragen wird, zu erstatten“ <http://www.g20-g8.com/g8-g20/g20/english/for-the-press/news-releases/cannes-summit-final-declaration.1557.html> - Abs. 3.

G20-Task Force für Beschäftigung junger Menschen Rechnung tragen. Im Rahmen seiner Verantwortung beim G20-Prozess gegenseitiger Bewertungen muss der IWF die IAO dazu auffordern, eine führende Rolle bei den beschäftigungsrelevanten Aspekten des Prozesses zu übernehmen.

16. Auch die Weltbank hat bei der Ausarbeitung ihres bevorstehenden *Weltentwicklungsberichts 2013*, der im Oktober 2012 veröffentlicht werden und dem Thema Arbeitsplätze gewidmet sein wird, die Möglichkeit, eine Position zu vertreten, bei der mehr Gewicht auf die Schaffung menschenwürdiger Arbeitsplätze gelegt wird. Die Herausgabe des Weltentwicklungsberichts 2013 wäre für die Bank ein geeigneter Zeitpunkt, um ein für alle Mal ihre einseitige, deregulierungsbefürwortende Position in Beschäftigungsfragen hinter sich zu lassen, für die der umstrittene Arbeitsmarktbericht *Doing Business* bezeichnend war, dessen Herausgabe die Bank vernünftigerweise eingestellt hat. In der Vergangenheit stützte sich die Bank auf diesen Indikator, um den Ländern Maßnahmen zur Deregulierung ihrer Arbeitsmärkte zu empfehlen, meist ohne den landesspezifischen Kontext, einschließlich Sozialschutz- und Arbeitsbeziehungssysteme, zu berücksichtigen. Nun wird ein neuer Ansatz der Weltbank benötigt, um sicherzustellen, daß die von der Bank vorangetriebenen nationalen Entwicklungsstrategien ein beschäftigungsreiches Wachstum und Arbeitsplätze mit sozialer Sicherung und Arbeitnehmerrechten fördern. Die Bank muss die nachhaltige Rolle der Gewerkschaften befürworten, die sie dabei spielen, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu schützen, die Einkommen anzuheben und die Armut zu bekämpfen, mehr Verteilungsgerechtigkeit zu erzielen und zu einer erhöhten weltweiten Gesamtnachfrage beizutragen. **Global Unions fordern die Bank dazu auf, in ihrem Weltentwicklungsbericht 2013 einen neuen Ansatz zugunsten menschenwürdiger Arbeit zu vertreten und diesen auch in die Politik und die Programme der Bank zu übernehmen.**

Förderung eines beschäftigungsschaffenden Wachstums

17. IWF und Weltbank sollten diverse Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass der Beseitigung des Beschäftigungsdefizits bei den nationalen Konjunkturstrategien Priorität eingeräumt wird:

- **Die Haushaltskonsolidierungspläne sollten modifiziert werden, um eine Verschlechterung der Beschäftigungslage zu vermeiden**, d.h. die Konsolidierung sollte verschoben bzw. deren Tempo gedrosselt werden und die finanzielle Unterstützung des Fonds und der Bank sollte bei Bedarf über eine längere Zeit hinweg gewährt werden, bis eine nachhaltige Konjunkturerholung eingeleitet ist.
- **Bei der Senkung der Haushaltsdefizite sollte verstärkt auf einkommensgenerierende Maßnahmen gesetzt werden, anstatt wie bisher vor allem auf Ausgabenkürzungen**, die Unterstützungsempfängern, vor allem Frauen, sowie den Beschäftigten im öffentlichen Dienst unverhältnismäßig hohe Kosten aufbürden und die negativsten Auswirkungen auf die Beschäftigung haben.
- **Die IFIs sollten dem Schutz, der Förderung und der Finanzierung hochwertiger öffentlicher Dienste, wie etwa im Bereich der**

Gesundheitsversorgung und Ausbildung besondere Aufmerksamkeit schenken. Ausgabenkürzungen im Bereich der Bildung und beruflichen Aus- und Fortbildung wird die langfristige wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung bremsen und eine verlorene Generation von Kindern und Jugendlichen ohne eine angemessene bzw. ausreichende Bildung hervorbringen während Ausgabenkürzungen im Gesundheitsbereich ganz erheblich die weltweiten Bemühungen zur Erzielung eines universellen Zugangs zu HIV/AIDS-Prävention und Behandlung beeinträchtigen würde.

- **Um eine längere wirtschaftliche Stagnation zu verhindern, sollten die IFIs die Länder dazu ermutigen, ihre öffentlichen Investitionen in wichtigen Wachstumsbereichen zu erhöhen und vor allem die Bedeutung von Investitionen in die „grüne Wirtschaft“ und in klimabezogene Bereiche anzuerkennen,** nicht nur wegen ihres Beschäftigungspotenzials, sondern auch weil es notwendig ist, ökologische Nachhaltigkeit zu erreichen.
- Insbesondere sollten die IFIs die Annahme eines **fundierte und ehrgeizigen Arbeitsplans zur Integration globaler Bemühungen hinsichtlich eines gerechten Übergangs für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu einer nachhaltigen grünen Wirtschaft durch die Rio+20-Konferenz** unterstützen.
- Die IFIs sollten die einzelnen Länder dazu ermutigen, ihre Defizite durch **steuerliche Maßnahmen zu reduzieren, die die geringsten Auswirkungen auf die Beschäftigungslage haben und die dazu beitragen, Einkommensungleichheiten abzubauen,** wie etwa der Ersatz von „Einheitssteuern“ durch progressive Einkommenssteuern, Maßnahmen zur Verhinderung von Steuervermeidung und -hinterziehung und zur Formalisierung von Aktivitäten in der informellen Wirtschaft sowie Finanztransaktionssteuern.
- Die IFIs sollten **erforderliche Umschuldungen unterstützen, um eines der wichtigsten Hindernisse für die Konjunkturerholung einzelner Länder zu überwinden.** Diese Umschuldungen sollten Reduzierungen privater Hypotheken in Ländern beinhalten, in denen die Immobilienpreise eingebrochen sind, ebenso wie die Umschuldung von Staatsschulden untragbar hoch verschuldeter Länder.

18. Im Bereich neuer IFI-Initiativen oder Überprüfungen von Maßnahmen sollten Bank und Fonds Strategien unterstützen, die eine Neuausrichtung der politischen Prioritäten auf die Schaffung menschenwürdiger Arbeit beinhalten:

- Bei seiner derzeitigen Überprüfung seiner Auflagen, zu der Global Unions eine Eingabe gemacht haben, **sollte der IWF sicherstellen, dass die von ihm verwendeten neuen Auflagen-Kriterien mit den Entwicklungsplänen der einzelnen Länder vereinbar sind, um Vollbeschäftigung, Sozialschutz für alle, weniger Einkommensungleichheiten und die Achtung grundlegender Arbeitnehmerrechte zu erreichen.**
- Die neue Sozialschutz- und Beschäftigungsstrategie der Weltbank stellt eine Weiterentwicklung der Strategien der Bank im Hinblick auf verbesserten Sozialschutz für alle und Wahrung der Arbeitnehmerrechte dar, und sollte von der Bank in Verbindung mit dem bevorstehenden Weltentwicklungsbericht 2013 zur Förderung der Schaffung menschenwürdiger Arbeitsplätze und zur Verringerung der Einkommensungleichheit benutzt werden.

Die Sozialschutz- und Arbeitsstrategie der Weltbank

19. Die unmittelbar vor den Frühjahrstagungen angenommene neue Sozialschutz- und Arbeitsstrategie der Weltbank stellt einen Fortschritt gegenüber der bisherigen Politik der Bank in einigen Kernbereichen dar:

- Sie besagt, dass die Weltbank zusammen mit den UN-Agenturen ein „strategischer Partner“ bei der Umsetzung der sozialen Grundsicherungsinitiative ist.
- Sie erkennt an, dass sich die Bank bisher nur begrenzt an der Förderung von Sozialschutzprogrammen in einkommensschwachen Ländern beteiligt hat und schlägt ein stärkeres Engagement vor, wobei der Schwerpunkt auf eine Ausweitung des in den meisten dieser Länder niedrigen sozialen Sicherungsniveaus gelegt wird.
- Sie bekräftigt die Bedeutung der Einhaltung der Kernarbeitsnormen, so dass die Bank zum Aufbau umfassenderer Sozialsicherungs- und Arbeitssysteme beitragen muss.⁴
- Sie schlägt vor, die Genderdimension umfassender in die Förderung von Sozialschutz- und Beschäftigungsprogrammen der Bank zu integrieren.
- Sie benennt die wichtige Rolle, die Programme, wie etwa Arbeitslosengeld, dabei spielen können, schutzbedürftige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer abzusichern, indem sie in Zeiten konjunktureller Abkühlung als „automatische Stabilisatoren“ fungieren und die Ungleichheit dadurch verringern können.
- Sie betont die Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit der IAO und anderen UN-Agenturen sowie die wichtige Rolle, die Gewerkschaften und andere Organisationen der Zivilgesellschaft beim Aufbau besserer Sozialschutzsysteme und bei der Verringerung von Armut und Ungleichheit spielen.

20. Die Herausforderung, wirkliche Fortschritte beim Schutz der Arbeitnehmerinteressen um bei der Bereitstellung einer sozialen Sicherung für alle zu erzielen, ist auch weiterhin immens groß. **Ausgehend von ihrer neuen Sozialschutz- und Arbeitsstrategie sollte die Bank spezifische Aktionspläne für ein gezieltes Vorankommen entwickeln.** So sollte die Bank beispielsweise die Schritte, die sie plant um sicherzustellen, dass ihr **neuausgerichteter Ansatz gegenüber Rentenreformen**, bei dem **der Schwerpunkt mehr auf der zentralen Rolle der Regierungen als auf der Schaffung mehrerer Säulen der Altersversorgung liegt**, auch tatsächlich umgesetzt werden wird. Zudem sollte die Bank die Schritte ausarbeiten, die sie im Hinblick auf eine Implementierung der **Förderung von Arbeitslosenleistungen** ergreifen möchte und beschreiben, auf welche Weise sie im Bereich des Sozialschutzes beabsichtigt, mit **internationalen**

⁴ Kernarbeitsnormen sind international vereinbarte grundlegende Menschenrechte für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, ungeachtet des Entwicklungsstands ihres Landes, die in den IAO-Übereinkommen (Konventionen) festgelegt sind und Vereinigungsfreiheit und Recht auf Kollektivverhandlungen (Konventionen 87 und 98); Abschaffung der Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf (Konventionen 100 und 111), Abschaffung jeglicher Form von Zwangsarbeit (Konventionen 29 und 105) und die wirksame Abschaffung von Kinderarbeit, einschließlich ihrer schlimmsten Formen (Konventionen 138 und 182) zum Gegenstand haben.

Nicht-Bank-Organisationen, Organisationen der Zivilgesellschaft und Gewerkschaften zusammenzuarbeiten.

21. Die Förderung einer sozialen Grundsicherung durch die Bank ist ein positiver Schritt, aber Global Unions fordern die Bank dazu auf, einen Aktionsplan für die Arbeit zur Umsetzung der Initiative zu erstellen und mit anderen Agenturen ein weltweites Zieljahr für die globale Implementierung der sozialen Grundsicherung festzusetzen. Über diesen Ansatz könnte die Bank einen Beitrag zur Korrektur des im Bericht anerkannten Mangels an ausreichender Förderung von Sozialschutzinitiativen in den einkommensschwachen Ländern beitragen. Der Aktionsplan muss sich mit Finanzierungsmechanismen für die soziale Grundsicherung im Kontext der einzelnen Länder befassen, womit der IWF zusammen mit der IAO bereits begonnen hat. Insgesamt gesehen muss die Bank mehr tun, um Ländern dabei zu helfen, eine entsprechende Finanzierung der Sozialschutzprogramme zu erreichen, einschließlich über eine entsprechende Steuerpolitik.

22. Global Unions begrüßen die vorbehaltlose Förderung der Kernarbeitsnormen in der neuen Strategie, fordern die Bank aber dazu auf näher auszuführen, welchen Beitrag sie zur Förderung und Wahrung der Kernarbeitsnormen leisten kann. Die Beratung der Bank auf der Ebene der einzelnen Länder sollte Empfehlungen zur vollständigen Einhaltung internationaler Übereinkommen über die Vereinigungsfreiheit und das Recht auf Kollektivverhandlungen als wichtige Instrumente zur Verringerung der Einkommensungleichheit beinhalten. Neben den Kernarbeitsnormen gibt es weitere Rechte und Normen und die Bank sollte die Mitgliedstaaten dazu auffordern, sie anzunehmen und einzuhalten. Einige Entwicklungsländer erzielten beispielsweise beträchtliche Fortschritte bei der Ausdehnung der sozialen Deckung, indem sie zunächst einmal das Recht der Bewohner des Landes auf bestimmte Arten von Schutz, wie etwa Altersrenten oder Gesundheitsversorgung, anerkannt haben. Die Bank sollte ferner an der Festlegung ihres Ansatzes gegenüber informeller Beschäftigung arbeiten und genau wie die IAO Strategien fördern, die eine Ausweitung des Schutzes auf alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer über eine Formalisierung der Arbeitsverhältnisse zum Ziel haben.

23. Die neue Strategie baut auf einige im Weltentwicklungsbericht 2012 enthaltene positive Empfehlungen zugunsten der Gleichstellung der Geschlechter auf. Ein zentrales Anliegen, dem in den Programmen der Bank mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden muss, ist die anhaltende Diskriminierung, mit der Arbeitnehmerinnen konfrontiert sind, und die sich, wie aus dem Weltentwicklungsbericht 2012 hervorging, in Form eines anhaltenden geschlechterspezifischen Lohngefälles und der übermäßigen Vertretung von Frauen in prekären Beschäftigungsverhältnissen manifestiert. Die strukturellen Ungleichheiten müssen über einen Ansatz in Angriff genommen werden, bei dem folgende Punkte im Mittelpunkt stehen: menschenwürdige Arbeit für Frauen; Einbeziehung von Kinderbetreuung in Gleichstellungsstrategien; Einführung einer sozialen Grundsicherung, von der insbesondere Frauen profitieren werden; verbesserte Beteiligung von Mädchen und Frauen an Ausbildung und Berufsausbildung; mehr öffentliche Investitionen in die gesundheitliche Grundversorgung sowie bessere Mutterschutzpolitik. **Die Bank sollte Länder bei der Festsetzung von Zielen nicht nur zur Erreichung von gleichem Zugang, sondern auch von Einkommensgleichheit unterstützen.**

Die grundlegenden Arbeitnehmerrechte bei den Tätigkeiten der Weltbank schützen

24. Die Anerkennung der Bedeutung von Kernarbeitsnormen ist in der neuen Sozialschutz- und Arbeitsstrategie der Weltbank enthalten. Sie sind die Grundlage gut funktionierender Arbeitsmärkte und wirksamer Arbeitsbeziehungssysteme, die produktive Arbeit und gerechte Löhne fördern. Sie sind zentrales Element einer gerechten Einkommensverteilung und damit auch der Mission der Bank, die Armut zu mindern. **Außer der wichtigen Rolle, die die Bank bei der Förderung der Kernarbeitsnormen spielen kann, besteht ihr wirksamster Beitrag darin, dafür zu sorgen, dass ihre eigenen Tätigkeiten diesen Normen entsprechen.**

25. Global Unions sind besorgt darüber, dass die Kernarbeitsnormen im neuen Kreditvergabeinstrument der Bank „Programme for Results“ (PforR) nicht in den sozialen Erwägungen, die in den Programmbewertungen des Instruments enthalten sind, erwähnt werden. In der PforR-Pilotphase sollte die Weltbank den Anliegen im Bereich der Kernarbeitsnormen besondere Aufmerksamkeit schenken und verdeutlichen, dass die Ratifizierung der IAO-Kernübereinkommen durch die Kreditnehmerländer von den Zuständigen der Bank bei der Entscheidung über die Finanzierung eines vom Staat verwalteten Programms berücksichtigt werden wird. Die Bank sollte auch eine Überprüfung der IAO-Resolutionen oder gegen ein potenzielles Kreditnehmerland vorliegende Beschwerden fordern, bevor eine Kreditvergabe über das PforR erfolgt. Pilotprojekte sollten eine Konsultation von Arbeitnehmerorganisationen bezüglich der Gestaltung und Umsetzung des Projekts beinhalten und diese beste Praxis sollte in die Politik für die Tätigkeiten des PforR einfließen.

26. Die für die Kreditvergabe an den privaten Sektor zuständige Weltbankeinrichtung IFC (International Finance Corporation) verlangt seit 2006 von ihren Kunden, dass sie im Rahmen ihrer sozialen und ökologischen Leistungsnormen die Kernarbeitsnormen einhalten. In den überprüften Leistungsnormen, die im Januar 2012 in Kraft traten, wird bekräftigt, dass kreditnehmende Unternehmen die Kernarbeitsnormen einhalten müssen und einige andere Auflagen hinsichtlich grundlegender Arbeitsbedingungen, wie etwa Arbeitsschutz und Recht auf Unterrichtung der Beschäftigten, werden ausgeweitet. Die überarbeiteten Leistungsnormen beinhalten auch die Verpflichtung kreditnehmender Unternehmen, Alternativen zu Entlassungen zu prüfen und die Auflage, die Anwendung der Normen im Falle von Leiharbeitskräften sowie gewisse Arbeitspraktiken in Lieferketten zu überwachen.

27. Mitgliedsorganisationen von Global Unions in Entwicklungsländern sind auf gewisse Probleme hinsichtlich der Nichteinhaltung gestoßen, über die sie die IFC unterrichtet haben. In einigen Fällen wurde eine Korrektur vorgenommen, aber in anderen Fällen haben es die betroffenen Unternehmen wiederholt versäumt, ihrer zugesagten Einhaltungsverpflichtung nachzukommen. Zum fehlenden Engagement der Unternehmen kommt erschwerend hinzu, dass es keine klaren Zeitpläne und nicht genügend Transparenz bezüglich der Aktionspläne zur uneingeschränkten Einhaltung gibt. **IFC sollte ihre Überwachungs- und Umsetzungsverfahren verbessern. Sie sollte**

gegenüber den kreditnehmenden Unternehmen deutlich machen, dass die Einhaltung der Leistungsnormen nicht fakultativ ist und dass das Versäumnis, die Normen zu erfüllen, zum Verlust finanzieller Unterstützung führt. Global Unions haben der IFC ferner empfohlen, Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass die Normen uneingeschränkt auf Projekte angewandt werden, die über Finanzintermediäre finanziert werden, deren Anteil am IFC-Portfolio gegenwärtig 45 Prozent ausmacht.

28. Die Weltbank und die regionalen Entwicklungsbanken haben 2010 gemeinsame Klauseln bezüglich der Kernarbeitsnormen in ihre harmonisierten Ausschreibungsdokumente aufgenommen, die für Kredite der multilateralen Entwicklungsbanken für Bauvorhaben verwendet werden. In ihrer Beschaffungspolitik zeigt sich, dass die Weltbank anerkennt, dass eine „solide öffentliche Beschaffungspolitik und -praxis unerlässlich für eine good Governance ist“. **Allerdings hat die Bank keine Maßnahmen zur Gewährleistung der Umsetzung dieser Klauseln ergriffen. Zudem wird mit dem PforR-Instrument die Anwendung der Beschaffungspolitik**, die Hinweise auf Richtlinien zum Schutz grundlegender Arbeitnehmerrechte enthält, umgangen.

29. Um die Unklarheiten und Unstimmigkeiten bei den Anforderungen zu den Kernarbeitsnormen zu lösen, muss die Weltbank ihre sozialen und ökologischen Sicherheitsklauseln aktualisieren, um sicherzustellen, dass alle Bereiche der Weltbank international vereinbarte grundlegende Arbeitnehmerrechte respektieren. In einem 2012 veröffentlichten Bericht hat die unabhängige Evaluierungsgruppe der Weltbank die inkonsequenten Praktiken innerhalb der Weltbankgruppe in diesem Zusammenhang unterstrichen: „Die thematische Berücksichtigung der [IFC-] Leistungsnormen ist relevanter für die Investitionsprojekte der Weltbankgruppe als die Maßnahmen in den derzeitigen Sicherheitsklauseln, was auf die Hinzufügung ausdrücklicher Bestimmungen zu arbeits- und gesellschaftsbezogenen Auswirkungen sowie zur Vermeidung und Verminderung von Umweltbelastungen zurückgeht ... Es gibt keinen ersichtlichen Grund für die Annahme, dass gesellschafts- und arbeitsbezogene Auswirkungen nicht relevant für das Portfolio der Bank sind.“

30. Die Überprüfung der Sicherheitsklauseln der Weltbank, die 2013 abgeschlossen sein soll, sollte eine Klausel bezüglich der Arbeitsnormen beinhalten. Es sollte die Einhaltung aller vier Kernarbeitsnormen verlangt und vorgesehen werden, dass die in den Leistungsnormen der IFC enthaltenen Auflagen bezüglich anderer grundlegender Arbeitsbedingungen (Unterrichtung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer über Beschäftigungsbedingungen, Sparmaßnahmen, Beschwerdeverfahren, Arbeitsschutznormen und Normen in der Lieferkette) entsprechend angepasst werden.⁵

⁵ Mehr dazu hier: Global Unions, *Labour Standards in World Bank Group Lending: Lessons Learned and Next Steps*, 2011.

Es müssen Fortschritte bei einer sinnvollen Finanzregulierung erzielt werden

31. Die für die Lenkung der globalen Finanzmärkte zuständigen Institutionen sind noch weit davon entfernt, die „umfassenden Reformen zur Auseinandersetzung mit den der Krise zugrunde liegenden Ursachen und zur Transformation des Systems der globalen Finanzmarktregulierung“ durchzuführen, die die Spitzen der G20 bei ihrem Gipfel im September 2009 in Pittsburgh für dringend erforderlich hielten. In einigen Ländern wurden partielle Initiativen auf nationaler Ebene ergriffen, um den Finanzsektor zu re-regulieren, doch einige dieser Maßnahmen könnten auf den Druck privater Finanzinstitute hin rückgängig gemacht werden, die offensichtlich der Ansicht sind, dass sie das Recht haben sollten, unter deregulierten Rahmenbedingungen zu den Megaprofiten der Vergangenheit zurückzukehren, während sie sich auf den Staat verlassen, wenn sie infolge schlechter Investitionsbeschlüsse einer Rettung bedürfen.

32. Es ist ironisch, dass die Regierungen und internationalen Organisationen in einigen Regionen, die nach wie vor erheblich unter den Auswirkungen der globalen Finanzkrise zu leiden haben, jetzt mehr über Arbeitsmarktderegulierung sprechen, die in keiner Weise zur Auseinandersetzung mit den Ursachen der Krise beitragen wird, als über die dringend erforderliche ernsthafte Reform des Finanzsektors. Obwohl dem Financial Stability Board (FSB), dem sowohl der IWF als auch die Weltbank angehören, ein entsprechender Auftrag erteilt wurde, werden Fortschritte lediglich im Schnecken-tempo erzielt. Im Jahr 2011 gab das FSB bekannt, dass man sich darauf verständigt habe, die Eigenkapitalquote „systemisch wichtiger Finanzinstitute“, d.h. derjenigen, die „zu groß zum Scheitern“ sind, zu erhöhen, jedoch erst ab 2016. Das FSB hat zudem bekräftigt, wie wichtig die Regulierung der Schattenfinanz und der Derivate-Märkte sei, aber auch nach mehr als zweijähriger Beratung konnte man sich lediglich auf eine weitere Prüfung der Frage verständigen.

33. Global Unions fordern das Financial Stability Board, die IFIs und die Mitgliedsländer dringend auf, umgehend abgestimmte Maßnahmen zu ergreifen, um das globale Finanzsystem angemessen zu regulieren, bevor es zu einer erneuten Krise kommt, einschließlich:

- **einer zügigen Inkraftsetzung von Vorschriften und Verfahren zur Umstrukturierung von Finanzinstitutionen, die „zu groß zum Scheitern“ sind, z.B. durch eine obligatorische Trennung des risikoreichen Investmentbankings von den Tätigkeiten einer Handelsbank, was die reale und unmittelbare Gefahr für die öffentlichen Finanzen verringern würde**
- **strenger Kontrollen für Schattenfinanz, Hedge-Fonds und private Beteiligungsfirmen (Private-Equity-Firmen)**
- **obligatorischer Verlagerung sämtlicher Formen des Handels mit Derivaten an geregelte Börsen und Einschränkungen in Bezug auf kurzfristige Handelsstrategien, einschließlich eines Verbots ungedeckter Leerverkäufe**
- **der Beseitigung gebräuchlicher Steuervermeidungs- und Steuerhinterziehungsmechanismen, einschließlich des Transferpricings, der steuerlichen Arbitrage und der Steuer- und Regulierungsloasen**
- **der Begrenzung von Boni und anderen unverantwortlichen und**

exzessiven Vergütungsplänen im Finanzsektor

- **einer strengen Regulierung von Ratingagenturen, um die derzeitige Oligopol-situation zu beenden und Interessenkonflikte zu begrenzen**
- **eines Schutzes von Verbrauchern mit Schutz vor aggressiver Kreditvergabe und anderen missbräuchlichen Finanzpraktiken sowie uneingeschränkte Beteiligung der Arbeitnehmer an den Überwachungsverfahren**
- **der Förderung von Finanzdienstleistungen, die der Realwirtschaft dienen, u.a. durch Genossenschaftsbanken, Versicherungsvereine auf**

34. Mit einer Finanzstransaktionssteuer (FTS), die derzeit bereits in mehreren Ländern verabschiedet wird, wäre viel in Bezug auf die Einschränkung des kurzfristigen spekulativen Handels, einschließlich des Hochfrequenzhandels, gewonnen. Die einschlägigen Studien des IWF bestätigten sowohl die Machbarkeit als auch das beschäftigungsgenerierende Potenzial der FTS. **Angesichts der zunehmenden weltweiten Befürwortung einer FTS zur Finanzierung jobintensiver Konjunkturprogramme und öffentlicher Dienste und der Erreichung von Entwicklungs- und Klimaschutzziele, sollten IWF und FSB ihre Unterstützung für die Koordination der wirksamen Einführung einer FTS in möglichst vielen Ländern anbieten.**

IFIs und nationale und globale Governance

35. In den letzten zehn Jahren vermieden es sowohl der IWF als auch die Weltbank, die tiefgreifenden Probleme bei der Staatsführung und die sozioökonomischen Probleme im **Nahen Osten und Nordafrika** anzuerkennen, indem sie sich auf einige wenige makroökonomische Indikatoren konzentrierten und Daten über ungleiche Einkommensverteilung, Armut, Arbeitslosigkeit und Korruption außer Acht ließen. Ende 2010 lobte der IWF beispielsweise immer noch Tunesiens makroökonomische Politik und Strukturreformen und forderte weitere Kürzungen der öffentlichen Ausgaben für Löhne, Nahrungsmittel und Subventionen für fossile Brennstoffe, selbst als die Nahrungsmittelpreise bereits im Steigen begriffen waren.

36. Da Länder, wie Tunesien und Ägypten möglicherweise neue Kreditvereinbarungen mit dem IWF und der Weltbank treffen werden, sollten die IFIs die Änderungen, die sie an ihrem Ansatz und ihren Zielsetzungen hinsichtlich der entwicklungspolitischen Herausforderungen in diesen Ländern und anderen Ländern der Region vorgenommen haben, verdeutlichen. **Vollständige Transparenz bei den Kreditverhandlungen und Programmauflagen müssen zu den wichtigsten Merkmalen der neuen Praktiken in der Region gehören. Am wichtigsten ist aber, dass die Programme der IFIs auf den von den Menschen dieser Region, einschließlich der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, benannten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen und sozialen Prioritäten basieren.** Jetzt, wo neue Governance-Strukturen in Ländern der Region entstehen, sollten die Programme der IFIs den nationalen Dialogen zur Schaffung von Entwicklungsstrategien folgen, und sie nicht anführen. Die IFIs sollten Beiträge der Zivilgesellschaft, einschließlich von Arbeitnehmerorganisationen, anregen und fördern und die Vereinigungs- und Meinungsfreiheit als Grundvoraussetzung dafür, dass diese

Dialoge auch erfolgreich sind, verteidigen. Diese Vorgehensweise wird ebenso bei der Erwägung der IFIs, ein erneutes Engagement in Birma einzugehen, von Bedeutung sein.

37. Die Verwaltungsstrukturen der IFIs müssen für alle Mitgliedstaaten was ihre Transparenz und Verantwortlichkeit, insbesondere im Hinblick auf die Auswahlverfahren für die Leiter der Institutionen, mit guten Beispiel vorangehen.

Global Unions befürworten offene und demokratische Verfahren, die auf die Auswahl des am besten für den Posten geeigneten Kandidaten abzielen, statt der ungeschriebenen und überkommenen Praxis, die gewissen Wirtschaftsmächten erlaubt, bestimmte Posten seit der Gründung der IFIs für sich zu beanspruchen.

38. Die Global Unions befürworten auch eine verstärkte Vertretung von Entwicklungs- und Schwellenländern in den Verwaltungsorganen sowohl des IWF als auch der Weltbank.

Die leichte Zunahme des Stimmengewichts von Schwellenländern im IWF wurde noch nicht vollständig ratifiziert und angewandt, obwohl sie von den meisten Mitgliedstaaten befürwortet wird. Dies muss implementiert und durch weitere Aufstockungen nachverfolgt werden, wovon insbesondere Entwicklungsländer profitieren, so dass die Gruppe der Entwicklungs- und Schwellenländer in den IFIs zumindest eine paritätische Vertretung gegenüber einkommensstarken Ländern erreichen. Die IFIs sollten auch ein System der Abstimmung mit doppelter Mehrheit prüfen, bei dem eine Mehrheit wählender Länder sowie auch eine Mehrheit gewichteter Stimmen den in den Vorstandssitzungen getroffenen Entscheidungen zustimmen muss.

39. Schließlich sollten die IFIs sich voll und ganz an globalen Initiativen für die Verbesserung der Kohärenz der Tätigkeiten multilateraler Organisationen, insbesondere im Hinblick auf Entwicklungsinitiativen beteiligen. Das sollte zu ihrer aktiven Unterstützung und Beteiligung an der Umsetzung der Busan-Partnerschaft für eine effiziente Entwicklungszusammenarbeit, die im Dezember 2011 vom 4. Hochrangigen Forum zur Wirksamkeit der Entwicklungshilfe verabschiedet wurde, führen.

09-04-12